

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. März 1963

Blatt 567

## Gersthof erlebte eine Steinerne Hochzeit

=====

22. März (KK) Am Eisernen Hochzeitstag vor zweieinhalb Jahren gelobte das Jubelpaar Rudolf und Maria Kahler dem Bürgermeister bis zum nächsten Ehejubiläum - der Steinernen Hochzeit - durchzuhalten. Beide hielten ihr Wort und so konnte heute Vormittag Bürgermeister Jonas dem 92 Jahre alten Gersthofers Spenglermeister und seiner um drei Jahre jüngeren Gattin Maria zu ihrer Steinernen Hochzeit, das sind siebenundsechzigjährig Ehejahre, die herzlichsten Glückwünsche der Stadt Wien überbringen. Mit den besten Wünschen überreichte er dem Greisenpaar ein Diplom und eine Ehrengabe der Stadtverwaltung, der Braut noch dazu einen Fliederstrauß.

Das Steinerne Paar nahm die Ehrung im Kreise seiner Familienangehörigen mit großer Freude entgegen. Das jetzt älteste Ehepaar des 18. Bezirkes feierte seine Grüne Hochzeit am 22. September 1895 in Währing: Er als zugewanderter Prager, sie als waschechte Wienerin. Die Steinerne Braut brachte ihre Liebe zu Wien in unzähligen Gedichten zum Ausdruck; eine kleine Auswahl aus ihren gesammelten Werken trug sie am heutigen Jubeltag dem Bürgermeister vor.

Im Namen der Währinger Bevölkerung überbrachte die Glückwünsche dem geistig immer noch sehr rüstigen Jubelpaar Bezirksvorsteher DDr. Gräf. Vor Abschluß des Gratulationsbesuches erklärte sich das Jubelpaar auf Wunsch der Gratulanten bereit, auch die nächste Hürde zu nehmen, nämlich das Fest der Gnadenhochzeit.

- - -

Anton Hansch zum Gedenken  
 =====

22. März (RK) Am 24. März 1813 wurde in Wien der Maler Anton Hansch geboren.

1834 unternahm er seine erste Studienreise in die Steiermark und in das Salzkammergut. Anschließend ging er nach Kärnten und nach Süddeutschland. Die Hochgebirgslandschaften erregten sein besonderes Interesse. Die in Gemälden und Skizzen festgehaltenen Ansichten brachten ihm zahlreiche Erfolge und Ehrungen ein. Der vom Kaiserhof geförderte Künstler wurde schon 1848 Mitglied der Akademie und später in deren Rat berufen. Hansch verlor durch die Wirtschaftskrise im Weltausstellungsjahr 1873 sein Vermögen und mußte auch seine Skizzen verkaufen. Er zog sich dann nach Salzburg zurück, wo er am 8. Dezember 1876 starb. Im darauffolgenden Jahr veranstaltete das Künstlerhaus eine Gesamtausstellung seiner Werke.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche  
 =====

22. März (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 26. März:

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1.  
 17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

Mittwoch, 27. März:

16.00 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/1,  
 18.15 Uhr, Innere Stadt, Wipplingerstraße 8.

Freitag, 29. März:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259/1. Stock,  
 16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1.

- - -

## Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

22. März (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zusammen.

Es lagen je eine Anfrage der KLS und der ÖVP vor. Folgende Anträge wurden eingebracht: von der KLS betreffend "Befreiung der Wasserwerke von der Entrichtung der Gebrauchsgebühren" und betreffend "Übernahme von Verkehrsflächen im 22. Bezirk in die Erhaltung der Gemeinde"; von der ÖVP betreffend "Einbeziehung der Studierenden der privaten höheren Schulen mit Öffentlichkeitsrecht und der privaten Lehrerbildungsanstalten mit Öffentlichkeitsrecht in das Stipendienwerk der Stadt Wien", betreffend "Installierung von Zentralheizungsanlagen im städtischen Altersheim Lainz" sowie betreffend "Aufnahme von Bestimmungen in die Bauordnung über einen ausreichenden Schallschutz bei Wohnungsbauten".

Schließlich hatte die KLS noch eine Anfrage betreffend das "Angebot auf Leistung eines Beitrages zur sogenannten Sanierung des Bundesbudgets" eingebracht und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Bürgermeister Jonas teilte hierauf mit, daß Gemeinderat Mistingher mit Rücksicht auf seine Wahl zum Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes sein Gemeinderatsmandat zurückgelegt hat. An seine Stelle wurde GR. Hans Mayr (SPÖ) berufen. Der neue Gemeinderat leistete das Gelöbniß.

Unter allgemeinem Beifall würdigte der Bürgermeister die Verdienste des scheidenden Gemeinderates und wünschte ihm viel Glück für seine künftige Tätigkeit als Bezirksvorsteher.

Hierauf wurden die notwendigen Ersatzwahlen durchgeführt: zum Schriftführer wurde GR. Herbert Mayr gewählt, zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses II GR. Weisz, zum Mitglied des Ausschusses IV GR. Herbert Mayr, zum Mitglied des Ausschusses VIII GR. Hans Mayr und zum Mitglied des Kuratoriums "Wiener Jugendhilfswerk" GR. Herbert Mayr.

"Das ist also eine Familienangelegenheit der Mayr!", bemerkte Bürgermeister Jonas dazu. (Heiterkeit!)

Als Ersatzmitglied der Disziplinarkommission für die Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen wurde GR. Opravil gewählt (Alle SPÖ).

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete die nachträgliche Genehmigung der Vorschußzahlungen an städtische Bedienstete. Stadtrat Riemer (SPÖ) bat als Berichterstatter um nachträgliche Genehmigung dieser Vorschüsse, die für vollbeschäftigte Bedienstete 500 Schilling und für Empfänger von Ruhegehältern 400 Schilling betragen und für Teilbeschäftigte sowie Witwen entsprechend abgestuft waren.

GR. Maller (KLS) zeigt sich von dieser Lösung nicht befriedigt, da damit das Hauptproblem ungelöst bleibe. Schon dieser harte Winter habe gezeigt, daß die Kaufkraft des Schillings gesunken sei, und nun haben wir es mit einer Preislawine zu tun, bei der auch die Preise der lebensnotwendigen Artikel steigen. Der Gemeinderat wäre berufen, gegen eine solche Preispolitik mit aller Leidenschaft Protest zu erheben. Die Radiorede des Vizekanzlers habe neuerdings die Notwendigkeit der Angleichung der Einkünfte der arbeitenden Bevölkerung an die steigenden Lebenshaltungskosten unterstrichen. Der Amtsführende Stadtrat solle dem Gemeinderat ehestens die entsprechenden Anträge vorlegen.

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Riemer, es sei wieder einmal eine Rede für die Setzmaschine der "Volksstimme" gewesen.

Der Gemeinderat genehmigte die Vorschußzahlungen ein-  
stimmig.

Hierauf referierte GR. Maria Hlawka (SPÖ) über die Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte im Jahre 1963.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) bekannte sich zu dieser Aktion, verwies aber darauf, daß jene Dauerbefürsorgten die auf Grund eines amtsärztlichen Attestes nicht teilnehmen könnten, benachteiligt seien. Sie bekämen zwar ein Lebensmittelpaket, dessen Wert von zirka 60 Schilling aber weit unter dem liege, den die

Gemeinde für eine an der Aktion teilnehmende Person aufwenden müsse. Entsprechend einem von ihrer Fraktion bereits im September 1962 eingebrachten Antrag regte sie neuerdings an, dieses Paket sowohl mengen- als auch qualitätsmäßig zu verbessern und bei der Zusammenstellung auch auf Diabetiker - die mit Zucker oder Schokolade nicht viel anzufangen wüßten - Rücksicht zu nehmen.

In ihrem Schlußwort begrüßte GR. Maria Hlawka die grundsätzliche Übereinstimmung, verwies jedoch darauf, daß dieser Antrag über die Landaufenthaltsaktion mit dem Lebensmittelpaket nichts zu tun habe. Dem Wunsche hinsichtlich der Zusammenstellung für Diabetiker könnte wohl entsprochen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildete die Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Linke Wienzeile, Laimgrubengasse, Gumpendorfer Straße, Lehárgasse und Girardigasse im 6. Bezirk. Wie Berichterstatter GR. Fürstenhofer (SPÖ) ausführte, sollen damit die Voraussetzungen für den Bau eines Bürogebäudes, eines Autosilos, einer Servicestation, verschiedener Werkstätten und Wohnungen von Betriebsangehörigen des Autohauses Wolfgang Denzel geschaffen werden.

GR. Dkfm. DDR. Prutscher (ÖVP) stellt fest, daß der vorliegende Antrag dazu beitragen wird, die Parkraumnot wenigstens in einem Teil unserer Stadt zu beheben. Der Redner verweist darauf, daß die Stadtverwaltung im Jahre 1958 durch Prof. Dorf-wirth eine Verkehrsanalyse für die Innere Stadt erstellen ließ. Seither sind fünf Jahre vergangen und die Verkehrssituation hat sich inzwischen bedeutend verschärft und manche Ergebnisse der Verkehrsanalyse sind inzwischen überholt. Es wird notwendig sein, darüber Untersuchungen anzustellen, wie man die vielfach vollausgelasteten Verkehrsadern entlasten und auch für den ruhenden Verkehr vorsorgen kann. Heute besteht die Parkraumnot nicht nur in der Inneren Stadt, sondern in allen angrenzenden Bezirken innerhalb des Gürtels. Es müßten also Verkehrsuntersuchungen durchgeführt werden, die sich auf das Gebiet innerhalb des Gürtels erstrecken, wobei besondere

Beachtung den Schwerpunktgebieten Mariahilfer Straße-Westbahnhof Hauptzollamt - Landstraßer Hauptstraße, Rossauer Kaserne - Franz Josefs-Bahnhof, Allgemeines Krankenhaus, Praterstern - Donaukanal und Donaulände zugewendet werden müßte. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der eine Verkehrsuntersuchung für die genannten Gebiete verlangt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen, also wenn feststeht, in welchen Gebieten zusätzlicher Parkraum geschaffen werden kann, müßte dann dazu führen, daß die Gemeindeverwaltung an die wirtschaftliche Lösung dieses Problemes geht. Der Redner stellt den Antrag, dem Wiener Gemeinderat Vorschläge von Förderungsmaßnahmen wie z.B. Bereitstellung von Baugründen, bzw. Baurechtsgründen, Steuererleichterungen für die ersten Betriebsjahre, Subventionierung usw. zu unterbreiten, wodurch der Bau von Parkgaragen unterstützt werden kann. Dabei soll die Wirksamkeit der in Städten anderer Länder durchgeführten Förderungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Sicherlich wird eine Lösung des Verkehrs- und Parkproblemes nicht sofort und nicht leicht zu erreichen sein. Es wird notwendig sein, alle Kräfte, sowohl die privaten, als auch die der öffentlichen Hand, zu mobilisieren. Von großer Wichtigkeit wird es jedoch auch sein, einen möglichst genauen Plan aufzustellen und dort zu beginnen, wo die Hilfe am dringendsten ist.

Dem vorliegenden Antrag werde seine Fraktion die Zustimmung geben.

Stadtrat Heller (SPÖ) stellt fest, daß er bereits anläßlich der Budgetberatungen darauf hingewiesen hat, daß sich die Mitglieder des Gemeinderates bei ihren Forderungen auf dem Sektor des Straßenbaues und des Verkehrswesens in unserer Stadt nicht nur an die Stadt Wien, sondern endlich auch einmal an den Bund wenden sollten. Sicherlich ist in manchen Städten des Auslandes auf dem Verkehrssektor einiges geschehen, was bei uns vielleicht noch nicht gemacht werden konnte. Wenn man aber zum Beispiel Westdeutschland zum Vergleich heranzieht, muß man feststellen, daß der Bund dort beträchtliche Mittel für den Straßenbau in den Städten aufwendet. Bei uns nimmt der Bund allein am Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer jährlich rund

800 Millionen Schilling in Wien aufgebracht Gelder in Anspruch, läßt aber der Bundeshauptstadt fast nichts davon zugute kommen. Es sei sehr einfach, auch die Forderung aufzustellen, die Stadt Wien soll neben ihren vielen finanziellen Verpflichtungen nun noch den "sozialen" Garagenbau übernehmen und Abstellflächen für Autos errichten. Sowohl der Bürgermeister, als auch der Finanzreferent haben die Erklärung abgegeben, daß sie gerne bereit sind, den Bau von Abstellflächen an den Rändern unserer Stadt in jeder Weise zu fördern. Das waren, wie Beispiele zeigen, keine leeren Worte. So hat die Stadt Wien u.a. auch das Grundstück für die Errichtung von mehrgeschoßigen Abstellflächen am Neuen Markt zur Verfügung gestellt und ist der Länderbank und der Kreditanstalt bei der Errichtung von Abstellflächen entgegengekommen. Es wurde und wird eine Reihe von Verkehrsuntersuchungen über die Errichtung von Abstellflächen durchgeführt. Im Augenblick wird auch daran gearbeitet, die Verkehrsanalyse Prof. Dorfwriths auf den letzten Stand zu bringen. Der Stadtrat stellt abschließend fest, daß sich die Stadtverwaltung kaum dazu entschließen wird können, aus Steuergeldern Garagenbauten zu errichten. Es sei nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, hier eine Initiative zu ergreifen, für die die Privatinitiative herangezogen werden kann. Es sei jedoch selbstverständlich, daß die Gemeinde Wien wie bisher die private Initiative in jeder Weise unterstützen wird. (Beifall bei der SPÖ).

Gemeinderat Fürstenhofer erklärt, daß sich GR. Dr. Prutscher weniger mit dem vorliegenden Antrag, als mit der Parkraumnot beschäftigt habe. Die beiden Anträge bittet er dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen und die beiden Anträge des GR. Dkfm.DDr. Prutscher einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

GR. Ing.Hauschka (ÖVP) referiert sodann einen Antrag über die Erteilung der Baubewilligung zum Neubau des Hannovermarktes im 20. Bezirk.

GR. Walzer (ÖVP) erinnert in der Debatte an die desolaten Verhältnisse, die in diesem Gebiet unmittelbar nach dem Krieg herrschten. Inzwischen sind aber in der Umgebung des alten Hannovermarktes viele städtische Neubauten entstanden, sodaß der Neubau des Marktes eine Notwendigkeit geworden ist. Er beschäftigt sich dann mit dem Projekt und gibt der Meinung Ausdruck, daß der Entschluß, den neuen Markt in vier Etappen zu bauen, nicht gerade als vorteilhaft bezeichnet werden kann. Die Fertigstellung des neuen Hannovermarktes wird sich dadurch verzögern und die lange Bauzeit wird somit auch für die Marktständebesitzer Nachteile mit sich bringen. Er würde wünschen, künftig solche Planungsarbeiten sorgfältiger durchzuführen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) referiert dann den Antrag über die Baubewilligung einer Sportanlage in der Krottenbachstraße in Döbling und stellt fest, daß bei der Bauverhandlung ein von einem Anrainer erhobener Einspruch als unbegründet abgewiesen wurde.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz (ÖVP) begrüßt dieses Bauvorhaben und gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Zahl der städtischen Sportanlagen damit wieder erweitert werden kann. Er verweist auf die Bedeutung solcher Sportanlagen und wünscht, sie mögen von möglichst vielen Sportbegeisterten benützt werden. Er verweist darauf, daß die Vergabe der Sportplätze von der Magistratsabteilung 7 vorgenommen wird, bezeichnet aber die derzeitige Praxis bei der Vergabe dieser Anlage an die Sportverbände als ungünstig. In einem Beschluß- und Resolutionsantrag setzte er sich dafür ein, der Sportbeirat sollte sich mit Fragen der Vergabe von Sportplätzen intensiver beschäftigen. Der Antrag auf Baugenehmigung der Sportanlage wird dann einstimmig angenommen. Der Beschluß- und Resolutionsantrag wird gleichfalls einstimmig an den Gemeinderatsausschuß III weitergeleitet.

Stadtrat Heller (SPÖ) berichtet über das Projekt, in der großen städtischen Wohnhausanlage in Kagran (Montagebau), Erzherzog Karl-Straße-Siebenbürgerstraße, ein Ladenzentrum zu bauen.

Dieses Ladenzentrum wird 20 Geschäftslokale und eine Polizeidienststelle bekommen. Jedes Geschäftslokal in diesem ebenerdigen Bau, dessen Kosten mit 7,7 Millionen Schilling veranschlagt sind, wird alle Anschlüsse und sanitären Einrichtungen bekommen und an die Fernheizung angeschlossen sein.

GR. Hausner (KLS) stellt die Frage, ob dieses Einkaufszentrum bis zur Fertigstellung der ersten 1.000 Wohnungen in Kagran eröffnet werden kann. Im Zusammenhang verweist er auf das ebenfalls von der Stadt Wien in Kaisermühlen errichtete Ladenzentrum, das bereits jetzt schon als unzureichend bezeichnet werden muß. Es wirkt, meint er, architektonisch nicht besonders gut. Die Bauzeitverzögerung bei diesem Ladenzentrum hat bereits Anlaß zur Kritik gegeben. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) stellt richtig, daß nur 17 Lokale für Geschäfte zur Verfügung stehen, aber ein Lokal ist schon sicher, es ist sogar auf dem Plan eingeschrieben: der Konsum! Und zwar gleich mit 700 Quadratmetern, das sind 62 Prozent der gesamten für Geschäftslokale zur Verfügung stehenden Fläche. Der Redner stellt daher die Fragen: ist der Konsumverein aus öffentlichen Mitteln zu fördern, ist er bedürftig, ist er so wichtig, daß unbedingt er ein absolutes Vorrecht bekommt?

Im übrigen vertritt der Redner auch die Meinung, daß in den Gemeindebauten zu wenig Geschäftslokale eingebaut werden, er verlangt deshalb Antwort auf seine Frage, wieviele Anträge in der Wohnhäuserverwaltung liegen, die nicht befriedigt werden können, weil zu wenig Lokale da sind.

Stadtrat Heller sagt in seinem Schlußwort, er wundere sich, daß so wenig zu den wichtigen Dingen gesprochen werde, die auf der Tagesordnung stehen und so viel zu Dingen, die gar nicht zur Debatte stehen. Zu den Problemen des Konsumvereines, des Gewerbes und des Handels könne er sich hier nicht im einzelnen äußern. Er dürfe aber sagen, daß überall, wo ein Konsum untergebracht wird, auch Lebensmittelhändler untergebracht werden. Dies scheine ihm eine durchaus gesunde Konkurrenzierung zu sein. Er dürfe auch noch einmal sagen, daß die Stadt Wien seit 1945 immerhin 2.749 Geschäftslokale errichtet hat.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Über eine Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderung referierte GR. Pfösch (SPÖ). Auf dem Gelände des Franz Josefs-Bahnhofes beim Liechtenwerder Platz soll dadurch die Möglichkeit zum Bau von zwei Wohnobjekten mit 180 Wohnungen gegeben werden, die die Bundesbahn errichten will. Die Angelegenheit zieht sich schon zwei Jahre hin. Das Vorhaben wurde seinerzeit vom Stadtplaner abgelehnt und auch in der Bezirksvertretung nur nach einer Kampfabstimmung gutgeheißen. Die Bundesbahnen haben jedoch verschiedene Einwände der Stadtplanung berücksichtigt, und auch der Fachbeirat hat nach einem ersten ablehnenden Gutachten dann dem Projekt zugestimmt.

GR. Ing. Lust (ÖVP) erklärte: Trotz allem Verständnis für die Notwendigkeit eines guten Einvernehmens mit den Österreichischen Bundesbahnen darf doch nicht übersehen werden, daß es auf dem Gebiete der Stadtplanung Fälle von prinzipieller Bedeutung gibt, die eine klare Entscheidung fordern und nicht zu einem Kompromiß führen dürfen, das die Gleichheit vor dem Gesetz und die vom Gemeinderat beschlossenen Grundsätze des städtebaulichen Konzeptes erheblich verletzt. Dieser Tatbestand liegt aber hier vor. Wer die Situation kennt, muß bei einer objektiven und fachlichen Prüfung zu dem Schluß kommen, daß diesem Begehren der Bundesbahndirektion nicht entsprochen werden kann. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn seitens des Stadtplaners eine entschiedene Ablehnung des Antrages der Bundesbahnen erfolgt ist. Die Begründung zu einer Ablehnung stützt sich darauf, daß die dort geplante Errichtung der Wohnungen drei Punkten des städtebaulichen Grundkonzeptes widerspricht. Sie widerspricht der Forderung nach Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtgebiete, sie steht im Gegensatz zur Forderung auf Trennung von Wohn- und Arbeitsstätten und ruft einen Querverkehr hervor, der größte Schwierigkeiten verursachen wird. Auch die Magistratsabteilung 64 äußere Bedenken und meint, daß die Einwände des Stadtplaners so gewichtig seien, daß der Rechtsbestand die beantragte Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderung in seiner Gänze in Frage stellt.

Die Bundesbahndirektion begründete ihren Antrag mit der Notwendigkeit, Betriebsangehörige mit ihren Familien in der Nähe ihrer Arbeitsstätten zu haben, damit ihr in Katastrophenfällen rasch einsatzbereite Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Alle diese Argumente könnten auch von den großen Industrieunternehmungen ins Treffen geführt werden. Trotzdem gestattet es die Bauordnung nicht, auf dem Gelände des Industrieunternehmens Wohnhausanlagen zu errichten.

Ing. Lust schilderte noch die ungünstigen Auswirkungen dieser Lage auf die Familien und insbesondere die Kinder. Er machte den Vorschlag, beiden Seiten durch einen Grundtausch gerecht zu werden, und beantragte auf Grund all dieser Erwägungen die Absetzung dieses Geschäftsstückes und seine neuerliche Behandlung durch die zuständigen Dienststellen. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zeigte Verständnis für das Bestreben der Bundesbahnen, ihr Personal möglichst nahe dem Einsatzort unterzubringen, verwies aber darauf, daß die Gegengründe in diesem Fall überwiegen. Denn das, was hier geplant wird, stehe in krassem Gegensatz zum städtebaulichen Grundkonzept. Es wäre unverantwortlich, dort, wo sich der rußige Qualm in Zukunft mit dem lautstarken Verkehr vereinigen wird, 180 Familien anzusiedeln, die die trostlosen Bahnanlagen vor Augen haben. Wenn dieses Projekt heute Annahme findet, bedeutet dies einen Rückfall in die Zeiten, in denen man aus Spekulationsgründen Wohnbauten ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Bewohner in der Nähe von Industrieanlagen errichtet hat. Auch der Einwand ist nicht stichhaltig, daß durch diese Wohnhausanlagen der Blick auf das häßliche Bahngelände verdeckt werden würde. Wohnhausanlagen sollten zu gut sein, um als "Vorhang" zu dienen.

Berichterstatter GR. Pfösch richtet in seinem Schlußwort an den Gemeinderat neuerlich die Aufforderung, dem Antrag zuzustimmen, wobei er die Meinung vertritt, daß dieses Areal als Baugrund zumindest ebenso gut geeignet ist wie die umliegenden Wohngebiete des Bezirkes Alsergrund. Es handelt sich um eine Zwecklösung, und es ist verständlich, daß die Stadtplanung

andere Maßstäbe anwendet als wir. Aber die Gründe, es doch zu tun, sind wohl stärker als die Gründe für eine Ablehnung. Die Bundesbahnen legen Wert darauf, ihre Bediensteten an Ort und Stelle unterbringen zu können.

Bei der Abstimmung blieb der Rückverweisungsantrag des GR. Ing. Lust, für den ÖVP und FPÖ stimmten, in der Minderheit, worauf der Antrag des Referenten mit den Stimmen von SPÖ und KLS angenommen wurde.

Hierauf begründete GR. Lauscher (KLS) den Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage, betreffend das Angebot auf Leistung eines Beitrages zur sogenannten Sanierung des Bundesbudgets. Er bezeichnete es als eine unerhörte Zumutung, wenn der Finanzminister von Ländern und Gemeinden verlange, auf Einnahmen in der Höhe von einer Milliarde Schilling zu verzichten. Man könnte mit Recht von einer schlechten Finanzpolitik des Bundes sprechen, nicht aber von einem Notstand. Wie kann der Finanzreferent bei der bekannten Benachteiligung Wiens durch den Bund einen Beitrag zur sogenannten Sanierung des Bundesbudgets anbieten? Wien steht vor großen Aufgaben, es braucht große Geldmittel. Wir sind daher der Meinung, daß über die unerhörte Zumutung, daß Wien den Bund sanieren soll, hier im Gemeinderat offen gesprochen werden muß.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des GR. Lauscher abgelehnt.

(Ende des Sitzungsberichtes)